

Für 1. Frühjournal.

Dienstag der 24. Oktober aus dem Journalstudio begrüßt sie Christina Kreuz.

Guten Morgen. Einige der Themen.

Hamas lässt zwei Geiseln frei.

Nach Frauenworten reagiert nun die Regierung auf den Vorwurf der Untätigkeit und heute startet der Handel mit den Kollektivvertragsverhandlungen.

Aber zuvor ein Blick auf das Wetter von und mit Grunderschula.

Von Italien und von der Schweiz her kommt heute Regen.

Die nächsten Stunden verlaufen aber größtenteils noch trocken, wenn auch nur in manchen Regionen sonnig.

Es gibt nämlich ausgedehnt den Nebel, Hochnebel und Wolkenfelder.

Vom Reschenpass über Osttirol bis zum Leubelpass

wird der Regen am Vormittag häufiger.

Und der Regen breitet sich dann im Laufe des Nachmittags auf das gesamte Bergland aus.

Entlang und nördlich der Donau, im Burgenland

und in der südöstlichen Steiermark

beginnt es aber meist erst spät und nur stellenweise zu regnen.

Am Abend und in der Nacht regnet es aber auch hier verbreitet.

Und dann sinkt auch die Schneefallgrenze im Westen zum Teil auf unter 2000 Meter.

Immer noch vöniger Wind aus Ost bis Süd

und ziemlich mild heute die Höchstärte 11 bis 20 Grad.

Momentan in Wien 11 bis 13 Grad, Eisenstadt 12,

St. Pölten 11, Linz 9 Grad, Salzburg 8,

Innsbruck 10, Bregenz 11, Grad 8 und Klagen vor 10 Grad.

Erneut hat die radikalislamische Organisation Hamas zwei Geiseln freigelassen.

Es handelt sich um zwei Frauen aus Israel.

Freigelassen wurden sie aus humanitären Gründen.

Markus Müller berichtet.

Die beiden Frauen wurden nach ihrer Freilassung

erst mit Krankenwagen nach Ägypten gebracht

und von dort mit dem Hubschrauber ins Krankenhaus nach Tel Aviv geflogen.

Es handelt sich um eine 79-Jährige und eine 85-Jährige,

die seit dem 7. Oktober in der Gewalt der Hamas waren.

Es ging ihnen gut seit einer der Mitarbeiterinnen des Krankenhauses.

Ihr medizinischer Zustand sei in Ordnung, sie hätten bereits ihre Familien getroffen.

Vermittelt wurde die Freilassung der beiden Frauen doch Ägypten und Katar.

Ihre beiden Ehemänner werden aber weiterhin als Geiseln im Gaserstreifen festgehalten.

Die USA haben die Hamas am Abend aufgefordert, auch alle anderen 200 Geiseln freizulassen.

Erst dann können wir über einen Waffenstillstand reden.

Und mehr als zwei Wochen nach der blutigen Terrorkampagne der Hamas gegen Israel

verlegt sich der mediale Fokus zunehmend auf den Gaserstreifen,

denn dort fliegt Israel täglich seine Vergeltungsschläge.

Und mit jedem getöteten Zivilisten steigt der internationale Druck auf eine Feuerpause

und steigt die Sorge vor einer Bodenoffensive und deren Folgen.
Israel kämpft nicht nur gegen die Drahtzieher des Terrors,
sondern auch um die internationale Meinung zu dem Konflikt.
David Kriegleder und Nikolaus Wildner berichten.
In Israel herrscht Frust über die globale Berichterstattung.
Ich bin schockiert darüber, dass einige Medien versuchen,
die israelischen Luftschläge mit den Verbrechen der Hamas zu vergleichen.
Wir rufen Zivilisten zur Flucht auf, die Hamas nimmt sie ins Visier.
Sagt General Micky Edelstein, der Journalisten auf eine Armeebasis
nahe Tel Aviv geladen hat.
Er präsentiert ein 45-minütiges Horrorvideo über die Gräueltat des 7. Oktober.
Videoaufnahmen aus Überwachungs- und Verkehrskameras,
sowie den Körperkameras der getöteten Hamas Terrorkommandos.
Es zeigt unverblümt, wie bewaffnete Männer israelische Dörfer überfallen
und Zivilisten methodisch exekutieren.
Die Hamas ist wie die Terrormilizis, lautet die Botschaft der israelischen Armee.
Opposition und Schutzorganisationen werfen der Regierung nach den Firmiziden
in Niederösterreich und der Steiermark Untätigkeit vor.
Es brauche vor allem eine Gesamtstrategie für den Gewaltschutz.
Die grüne Frauensprecherin sagt jetzt dazu,
man habe viel mehr für den Gewaltschutz getan als früheren Regierungen.
Peter Dase informiert.
Die Opposition wirft der Regierung Untätigkeit beim Gewaltschutz vor.
Die Sozialdemokraten fordern hier eine Gesamtstrategie,
die freiheitlichen Mehrprävention.
Seitens der autonomen Frauenhäuser wird ein Schweigen der Bundesregierung
zu den jüngsten Fällen kritisiert.
Die grüne Frauensprecherin Mary Disoske dagegen verweist auf konkrete Maßnahmen,
wie die Wiedereinführung der Fallkonferenzen
und ein höheres Budget im Vergleich zu früheren Regierungen.
Das waren so damalen die beispielsweise im Frauenministerium 10 Millionen Euro.
Und seit wir in der Bundesregierung sehen, sind die Mittel jetzt auf 33,6 Millionen Euro gestiegen.
Und vieles von diesen Mitteln fließt in Gewaltschutz, in Gewaltprävention.
Ausstehend ist die angekündigte Einführung von Gewaltambulanzen.
Die Einführung komme laut Disoske jedenfalls noch in dieser Legislaturperiode.
Die metallischen Kollektivvertragsverhandlungen stockten.
Gestern haben erste Betriebsversammlungen stattgefunden.
Dabei wurden vorsorglich Beschlüsse für gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen eingeholt.
Heute starten die Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 430.000 Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter im Handel.
Und auch dort stehen Zehegespräche mit Eskalationspotenzial auf dem Programm.
Denn Inflation und Wirtschaftslaute sorgen für besonders schwierige Rahmenbedingungen,
berichtet Manuel Marold.
Das Gehaltsplus für die Handelsangestellten müsse in jedem Fall über der Inflationsrate der

vergangenen 12 Monate liegen,
die 9,2 Prozent beträgt, sagt Arbeitnehmerchefverhandlerin Helga Fichtinger von der Gewerkschaft der Privatangestellten.
Wir sprechen ja von einer fähren, dauerhaften Gehaltsentwicklung.
Und wie gesagt, da braucht es schon mehr drüber.
Und die 9,2 ist die Ausgangsbasis.
Schon im Vorfeld des Verhandlungsbeginns bremst Arbeitgeberchefverhandler Rainer Treffelig, Obmann der Bundesparte Handel in der Wirtschaftskammer, die Erwartungen der Gewerkschaft. Erhalt der Arbeitsplätze, das ist die Zielgröße, die wir brauchen.
Und die Herausforderungen heuer sind enorm, in einer Situation, wie wir sie seit 40 Jahren nicht gehabt haben.
Beide Seiten stellen sich auf lange und mühsame Kollektivvertragsverhandlungen ein.
EU-weit sollen Spritzmittel in der Landwirtschaft halbiert werden, bis 2030.
Doch über die genauen Details gibt es Unstimmigkeiten.
Heute versucht das EU-Parlament eine wichtige Hürde zu nehmen, bevor Verhandlungen mit den EU-Ländern starten.
Bauern warnen dabei vor zu vielen Auflagen.
Auch Weinbauern aus Österreich.
Aus Brüssel berichtet Raffaele Scheidtreter.
Die Wachau, Natura 2000 und Weinbaugebiet.
Spritzmittel sollen dort am besten gar nicht mehr vorkommen, meint die EU-Kommission.
Die grüne EU-Abgeordnete Sarah Wiener, sie verhandelt für das EU-Parlament, drängt zumindest auf Bio-Spritzmittel.
Das Bäuerinnen und Bauern ihr Tageberg machen können wie bisher.
Zu könnten Weltliner und Marillen weiter in der Wachau bestehen, meint Wiener Alexander Bernhuber, EU-Abgeordneter.
Der ÖVP hat da allerdings so seine Zweifel.
Wie er überhaupt etliche Überlegungen als Praxisfern bezeichnet.
Bernhuber und Wiener suchen heute im Umweltausschuss des EU-Parlaments eine gemeinsame Position, doch Bruchlinien tun sich auf.
Die Grünen halten am Ziel fest, bis 2030 die Spritzmittelmengen zu halbieren.
Die Europäische Volkspartei will bis 2035 dafür Zeit haben.
Streit gibt es auch darüber, wie Spritzmittelmengen künftig messen.
Bis dato geben EU-Länder nur die Verkaufsmengen bekannt.
Um das Vertrauen in der Wissenschaft ist es in Österreich traditionell schlecht bestellt.
Wissenschaftsminister Polaszek will sich jetzt ein Beispiel an Portugal nehmen.
Dort war nämlich die Wissenschaftskapsis vor 20 Jahren ähnlich groß.
Heute wird die Forschung so geschätzt wie in kaum einen anderen Land.
Welche Rolle ein einziges Programm dort hat, berichtet Auslisa Bonn, Felix Nowak.
Leicht zu beschreiben ist Ciencia Viva nicht.
Das Programm bietet 21 regionale Zentren und hunderte Clubs in Schulen.
Es gibt Museen und Veranstaltungen, alles um das Interesse an Wissenschaft zu fördern.
27 Jahre nach der Gründung von Ciencia Viva ist Portugal in Studien zu dem Thema im EU-

Spitzenfeld.

Wissenschaftsministerin Elvira Fortunato macht das Programm dafür hauptverantwortlich.

Eine Delegation will derzeit herausfinden, was Österreich davon lernen könnte.

Versäumnisse seiner Vorgänger sieht Wissenschaftsminister Martin Polaszek UVP nicht.

Für ihn ist Österreich auf einem guten Weg.

Bereits gesetzte Maßnahmen bräuchten aber Zeit und müssten nachgeschärft werden.

Wir sehen, dass wir mehr an Wissenschaftsvermittlungen brauchen außerhalb der großen Städte.

Ein Maßnahmenpaket will Polaszek nach dem Jahreswechsel präsentieren.

Wer Kinder im Kindergarten im Hort oder in der schulischen Nachmittagsbetreuung hat, hat heute in Wien ein Problem.

Es gibt nämlich Betriebsversammlungen.

Der Betrieb ist bei den meisten privaten Betreibern eingestellt in den öffentlichen Kindergärten.

Wird ein reduzierter Betrieb angeboten. Details von Bernd Matschidolnik.

Es sind die klassischen Forderungen, mehr Geld, mehr Personal, kleinere Gruppen.

Mit den Betriebsversammlungen, die zwischen 10 und 15.30 Uhr stattfinden wollen, die Elementar-Pädagogen in diesen Forderungen Nachdruck verleihen.

Um 11 Uhr gibt es einen großen Demonstrationszug am Ring.

Der Großteil der privaten Kindergärten und Horte bleibt deshalb heute geschlossen.

Man habe den Eltern das rechtzeitig mitgeteilt, heißt es.

Für den späten Nachmittag gebe es Betreuungsmöglichkeiten.

Betriebskindergärten etwa in den großen Spitälern bleiben hingegen offen.

Gänzlich anders die Situation bei den städtischen Einrichtungen.

Hier gibt es einen reduzierten Betrieb, heißt es vom Seiten der EMA 10.

Man versuche einerseits den Pädagoginnen eine Teilnahme an den Protesten zu ermöglichen und gleichzeitig die Kinder zu betreuen.

Betroffen sind von den Protestmaßnahmen, die aus rechtlichen Gründen nicht Streik heißen, an die 100.000 Kinder in Wien.

Berichtet Bernd Matschidolnik.

Das war ein Frühjournal mit Christina Kreuz.

Es ist in Kürze 6 Uhr 10.

Mein Name ist Franz Zeller und ich setze mich dafür ein,

dass Sie erfahren, welche Chancen und Risiken etwa mit künstlicher Intelligenz auf uns zukommen.

Mehr über den Umgang mit Technologien und ihre Auswirkungen auf den Menschen.

Erfahren Sie in der Reihe Digitalleben, Montag bis Donnerstag, immer um 16.55 Uhr in Österreich 1.

ORF. Für Dich und mich und alle.

Copyright WDR 2021